

Kurzer Tagespiegel

Der Beauftragte für den Vierjahresplan, Ministerpräsident Generaloberst Göring, sprach am Dienstagabend im Reichstag vor mehr als 350 Führern und Beamten des Reichsnährlandes über die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse im Rahmen des Vierjahresplanes. Das gesamte deutsche Landvolk hörte in Gemeinschaftsempfängen die Ausführungen an. Ministerpräsident Göring verkündete große und umfassende Maßnahmen und stellte der Landwirtschaft die Aufgaben für die nächsten Jahre.

Reichsbauernführer Darré hat einen Aufruf an das deutsche Landvolk zu einem Leistungswettbewerb erlassen. Der Gouverneur der rumänischen Nationalbank will in Berlin. Der Beirat der Deutschen Reichsbahn trat zu seiner ersten Sitzung zusammen. 8 holländische Jagdflugzeuge sind von Frankreich aus nach Barcelona gestartet. Ein in Frankreich gelandetes Flugzeug der Roten Hilfe wurde von Unbekannten angezündet und verbrannt.

„Gloriale Italia“ gibt eine Liste von Leistungen bekannt, die die spanischen Volkshelden durch die Löhner an der französisch-spanischen Grenze erzielten haben.

Im Unterausschuss des Reichsausschusses wurde die Möglichkeit einer Zurückziehung von Personen nichtspanischer Nationalität behandelt, die in Spanien kämpften. Lloyd George verlangte im Unterhaus Nachahmung der deutschen Drainage.

Die deutsch-dänischen Verhandlungen über den Warenverkehr haben zu einer Einigung geführt.

Eine kommunistische Geheimdruckerei wurde in einer Privatwohnung in Sofia ausgehoben.

Es ist bisher nicht gelungen, die Eisfrachtung der Dänä zu zertrümmern. Das Hochwasser ist weiterhin gestiegen.

Führer und Beamte des Reichsnährlandes seien in diesem Saale versammelt, um die Befehle des Beauftragten des Führers entgegenzunehmen. Ministerpräsident Göring ergriff dann das Wort.

Reichsminister Generaloberst Göring, der unter starkem Beifall und unter lang anhaltenden Heil-Rufen das Rednerpult betrat, erinnerte das deutsche Landvolk an die gewaltigen Aufgaben, die im Rahmen des zweiten Vierjahresplanes zu lösen sind. Es gelte, durch eine weitere Stärkung der Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung die Ernährung des deutschen Volkes aus eigenem Grund und Boden sicherzustellen. Gewaltig sei bereits das, was bisher in harter Arbeit erreicht worden ist.

So sei der Grad der Abhängigkeit Deutschlands in der Ernährung vom Ausland auf 17 v. H. herabgedrückt worden. Damit aber könne sich Deutschland noch nicht zufriedengeben.

Wiederholt von starkem Beifall unterbrochen, gab Reichsminister Göring dann die neuen Maßnahmen bekannt, die er getroffen hat, um dem deutschen Landvolk die Mobilisierung der letzten Reserven zu ermöglichen. Die Parole lautet: Mehr mehr Wille, noch mehr Härte im Einsatz zur Erzielung noch größerer Erfolge!

Ueber eine Milliarde für Landes-kulturarbeiten

Als erste Maßnahme gab Reichsminister Göring die Bereitstellung von 200 Millionen Reichsmark zur Durchführung von Landeskulturarbeiten bekannt. Davon entfallen allein 110 Millionen RM auf Beihilfen des Reiches und der Länder. Diese Beihilfen erhöhen sich von Jahr zu Jahr und erreichen im Jahre 1940 einen Betrag von 200 Millionen RM. Insgesamt werden damit in den nächsten vier Jahren mehr als 1 Milliarde RM für Landeskulturarbeiten mobilisiert. Nachdrücklich wies Minister Göring darauf hin, daß diese Maßnahme auch dem kleinsten Bauern und Landwirt ermöglicht, zur Vergrößerung der landwirtschaftlichen Ausbeute Deutschlands beizutragen.

Die neuen Mittel für Kulturarbeiten werden in erster Linie für rasch wirkende Maßnahmen eingesetzt werden, insbesondere zur Förderung der Acker- und Grünlanddrainage, der landwirtschaftlichen Folgebau- und wasserwirtschaftlichen Anlagen, der Veredelung und der Veredelung der Viehzucht. Die für Landeskulturarbeiten eingelegten Mittel erhöhen sich im Rahmen des Vierjahresplanes von Jahr zu Jahr bis auf 300 Millionen RM im Jahre 1940.

Weitere Mittel werden für die Flurbereinigung bereitgestellt. Eine besonders wichtige Hilfe leistet der Staat bei der Umwandlung von schlechtem Grünland in Ackerland und Weide. Die Zuschüsse des Reiches betragen hier pro Hektar im ersten Jahr durchschnittlich 100 RM, die in den nächsten Jahren ermäßigt werden.

Senkung der Düngemittelpreise

Unter starkem Beifall wurde die Mitteilung Görings begrüßt, daß im Interesse einer verstärkten Düngung die Düngemittelpreise rückwirkend herabgesetzt werden.

Die Preise der Stickstoffdüngemittel werden

Ministerpräsident Blum verteidigt die Kommunisten

Eine interessante Kammeransprache über die blutigen Zwischenfälle in Cligny

Blum erhält das Vertrauen

Paris, 24. 3. In seiner über einstündigen Kammerrede erläuterte der Ministerpräsident Blum den Standpunkt der Regierung zu den blutigen Ereignissen in Cligny. Der Ausgangspunkt für diese blutigen Straßenkämpfe sei eine Verharmlosung der französischen Sozialpartei und eine Gegenüberstellung der Volksfront gewesen. Die zu beantwortende Frage sei deshalb die, ob es gefährlich gewesen sei, gegen diese Zusammenkunft der Sozialpartei zu protestieren, und ob diese zulässig gewesen sei oder nicht. Man behauptete, daß wenn die französische Sozialpartei zu Recht bestünde, die Verharmlosung ebenfalls zulässig gewesen sei. Die Frage sei jedoch nicht so einfach beantwortet.

Die umhüllenden Verbände seien im Januar 1936 aufgelöst worden. Inzwischen sei die französische Sozialpartei gegründet worden. Die Regierung hätte sie ebenso auflösen können, wie sie die Gewerkschafter aufgelöst habe, weil sie in ihr nur eine Wiederherstellung der Gewerkschaftsbewegung sehe. Zu dieser Frage werde sich das Gericht in voller Unabhängigkeit äußern. Die Regierung habe die Verharmlosung in Cligny nicht verboten. Sie habe ihr sogar polizeilichen Schutz angedeihen lassen. Praktisch sei es richtig, daß sich eine ganze Stadt gegen einige hundert Personen erhoben habe. Das könne unerlässlich erscheinen, aber es rühre von dem seit drei Jahren bestehenden leidenschaftlichen Kampfwille her. Trotzdem betrachte er den Aufruf an die Bevölkerung von Cligny als einen Irrtum, ja sogar als einen Fehler.

Der französische Ministerpräsident wurde von einem Abgeordneten der Rechten als ein „blutiger Romöblant“ bezeichnet, als er erklärte, der Bestand der Republik sei auf mächtige Reaktionen des Volkes zurückzuführen, und es sei nicht ausgeschlossen, daß bevorstehende Reaktionen des Volkes notwendig wären. Auf den Vätern der Wehrhaftigkeit entsand ungewisser Mann im Anschluß an den Jura von rechts und Kammerpräsident Herriot drohte, die Jenseit einzuführen. Dem Blum wurde sich darüber, daß man auf der Rechten empört sei, wenn er von der Gewaltreaktion des Volkes spreche in dem Augenblick, wo die Freiheit bedroht sei.

Die Verantwortlichen der kommunistischen Partei, fuhr Blum fort, hätten in Cligny alles getan, um zu verhindern (1), daß die Volksmenge in unmittelbarer Berührung mit dem Militärkommando komme, in dem die französische Sozialpartei ihre Zusammenkunft abhielt. Es sei eine sehr heikle Frage, wer die Volksmenge angezogen habe. Alles sei so vor sich gegangen, als ob man einen blutigen Verkauf der Gegenüberstellung gewollt habe. Seine persönliche Auffassung sei die, daß die Polizeibeamten keinen Befehl erhalten hätten, zu schießen, sondern daß sie instinktiv gehandelt hätten. Eine kommunistische Truppe dürfe aber nicht das Recht der Notwehr in Anspruch nehmen. Sie dürfe nicht schießen, ohne dazu Befehl von ihren Vorgesetzten erhalten zu haben. Nach dieser Mitteilung im müsse der Ordnungsbefehl neu organisiert werden. Man

musse vor allem die lebenden Stellen dafür ausmachen und der Truppe auch andere Mittel als die Feuerwaffe in die Hand geben.

Der Ministerpräsident kam jedoch auf den Generalkrieg zu sprechen. Unmöglich wäre es am Tage noch diesen trübseligen Ereignissen eine so feindselige Bevölkerung wie die Pariser es sich vertragen können, über Zusammengehörigkeit mit den Opfern nachzudenken zu geben. Die Organisationen des Generalstreiks hätten den Streik ausserhalb geistlich und ständlich bekräftigt. Leider habe es Zwischenfälle gegeben, die er als untragbar bezeichnen müsse. Die verantwortlichen Organisationen der Arbeiter-Kasse hätten diese Zwischenfälle jedoch nicht verhindern können, die von Kräften hervorgerufen worden seien, die ihren Zugriff entgingen.

Die Ausführungen des Ministerpräsidenten wurden von den sozialdemokratischen und radikalsozialen Abgeordneten mit lang andauerndem Beifall aufgenommen. Die Sitzung wurde daraufhin auf 23 Uhr vertagt.

Die Nachsitzung

Paris, 24. 3. (Funkpr.) Die Nachsitzung der Kammer zerfiel in zwei Abschnitte. Der erste dauerte von 23.00 bis 2.00 Uhr früh. Nach einer halbstündigen Pause dauerte die Sitzung in den frühen Morgenstunden des Mittwoch immer noch an.

Der kommunistische Abg. Duclos sprach, wie nicht anders zu erwarten war, die Schuld an den Cligny-Zwischenfällen auf die französische Sozialpartei, die er als „Provokateure“ bezeichnete.

Der radikalsozialistische Abg. Campinchi sprach für die Aufrechterhaltung der Ordnung und Freiheit in der Geheimgesellschaft und suchte den politischen Fehler, sowohl der französischen Sozialpartei des Obersten de la Roque als auch die Angriffsliste der Kommunisten zu beschuldigen.

In den frühen Morgenstunden des Mittwoch begannen in der Kammer die Abstimmungen.

Eine Entschliessung des Abg. Doriot, die die Einsetzung eines Untersuchungs-ausschusses zur Prüfung der ausländischen Geldquellen der französischen kommunistischen Partei bezweckte, wurde mit 361 gegen 232 Stimmen abgelehnt.

Ein Geschäftsordnungsantrag des oppositionellen Abg. Desbons wurde mit 349 gegen 255 Stimmen zurückgewiesen.

Anschließend schritt die Kammer zur Abstimmung über die von den Linksparteien eingebrachte Tagesordnung, für die die Regierung Blum die Vertrauensfrage gestellt hat. Die Tagesordnung lautet: „Die Kammer spricht der Regierung zur Sicherung der Freiheit aller in Achtung des Gesetzes das Vertrauen aus, das für den inneren Frieden und die normale Arbeit der demokratischen Einrichtungen nötig ist.“

Die Kammer hat die Tagesordnung der Linksparteien, für die die Regierung die Vertrauensfrage gestellt hat, gegen 7 Uhr MEZ mit 362 gegen 215 Stimmen angenommen.

durchschnittlich um 20 Prozent rückwirkend vom 1. Januar 1937 ab herabgesetzt. Die Differenz zwischen dem alten und dem neuen Preis wird durch Gratistlieferungen von Düngemitteln ausgeglichen. Dadurch wird, wie Reichsminister Göring hervorhob, Gewähr dafür gegeben, daß noch in diesem Erntejahr eine verpörrte Düngung Platz greift.

Die Preise für Kali werden mit Wirkung vom 16. Mai ab um durchschnittlich 25 Prozent einschließlich Frachtmehrmäßigung gesenkt.

Eine weitere Maßnahme zur Erhöhung des landwirtschaftlichen Ertrags ist die Frachtmehrmäßigung für Rastdüngemittel.

Die Verbilligung aller dieser Maßnahmen nach den ersten vier Jahren hat allerdings zur Voraussetzung, daß auch der Düngemittelverbrauch eine Steigerung von mindestens 20 v. H. erfährt. Ministerpräsident Göring gab jedoch seiner bestimmten Erwartung Ausdruck, daß die tatsächliche Steigerung noch weit darüber hinausgehen wird.

Weitere Düngemittel werden für den Bau neuer künstlicher Düngemittel- und Jauchegruben zur Verfügung gestellt.

Die Schließung der Futterlücke macht die Erweiterung des Kartoffelanbaus zur zwingenden Notwendigkeit. Wenn auch, wie Ministerpräsident Göring weiter ausführte, eine Erhöhung des Preises für Speisekartoffeln nicht eintreten darf, so ist doch der Preis für Futterkartoffeln von 17 auf 20 Kpf. erhöht worden. Dadurch wird eine wesentliche Steigerung der Herstellung von Kartoffelfuttermitteln möglich.

Eine weitere Maßnahme im Rahmen der Erzeugungsschlacht ist die nunmehr veranlagte Erhöhung des Roggenpreises von 8 auf 9 RM. Eine Erhöhung des Brotpreises tritt dadurch nicht ein. Die erforderlichen Mittel werden aus anderen Einnahmen der deutschen Landwirtschaft, so namentlich von der Brauergewinn, bestritten.

Eine ganz wesentliche Frage für den deutschen Bauern ist die der Kredite. Die großen Aufgaben, denen die deutsche Landwirtschaft

jetzt gegenübergestellt ist, machen, wie der Beauftragte des Führers für die Durchführung des Vierjahresplanes weiter ausführte, naturgemäß einen weit größeren Einsatz von Betriebsmitteln erforderlich. Da die deutsche Landwirtschaft wegen ihrer Verschuldung nicht in der Lage sei, von sich aus diese Mittel bereitzustellen, sei es notwendig, aber um Kredite zu handeln, deren Bereitstellung im Interesse der gesamten deutschen Volkswirtschaft notwendig ist. Der Ministerpräsident Göring gab erhebliche Reichsmittel für mittelfristige Kredite bereitgestellt, die aus dem Sondervermögen der Rentenbank-Kreditanstalt stammen und an den Verwendungszweck gebunden sind. Diese Kredite erhalten nur die schwächsten Betriebe zu ihrem Ausbau.

In diesem Zusammenhang kam Hermann Göring noch auf die wichtige Durchführungsbedingung zum Erfolgsgesetz zu sprechen, die die Möglichkeit gibt, Landwirten, die nicht ihre Pflicht tun oder sich ihren Aufgaben nicht gewachsen zeigen, zu zwingen, sei es durch die Einsetzung eines Treuhänders oder durch Zwangsverpachtung oder Gerichtsbeschlüsse usw. Analog dieser Verordnung für die Erbhöfe ist jetzt eine Verordnung zur Sicherung der Landbewirtschaftung für die übrigen landwirtschaftlichen Betriebe erlassen worden.

Erforderlich sei weiter, um die Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft auf das höchste zu steigern, daß die Wirtschaftsbearbeitung entschlossen ausgebaut wird. Der Reichsnährstand habe dafür zu sorgen, daß die gesamte Wirtschaftsbearbeitung einseitig ausgebaut und bis zum letzten Hof durchgeführt wird. Als hervorragendes Mittel bezeichnete Ministerpräsident Göring die Einführung der Hofkarte, die nicht nur dem Bäuerin und Bevater ein wertvolles Hilfsmittel sei, sondern darüber hinaus die Leitung und den Stand der Produktion wiedergebe. Diese Hofkarte müsse mit größter Sorgfalt geführt werden. Die große Bedeutung, die für autonome, ergebene sich schon daraus, daß für dieses Jahr 4 Millionen RM bereitgestellt werden.

Von entscheidender Bedeutung für den Er-

folg der Erzeugungsschlacht ist noch die Sanftarbeiterfrage.

Um den Mangel an Sanftarbeiterleistungen zu beheben, wurden Hilfsmittel zur Verfügung gestellt. Um den Mangel an Arbeitskräften zu beheben, hat der Beauftragte des Führers mit dem Reichsbauernführer eine Vereinbarung über einen weitgehenden Einsatz des Arbeitsdienstes getroffen.

Er sei entschlossen, alles zu tun, was möglich ist, um den Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande zu beseitigen. Es gäbe keine dringendere Arbeit in Deutschland, als für das tägliche Brot zu sorgen. Der Ministerpräsident kündigte dann weitere Maßnahmen zur organisieren Lösung der Sanftarbeiterfrage an. Die Reichsmittel sollen in erster Linie in dem Gebieten angebracht werden, in denen der Sanftbau vorbersteht.

44 Millionen RM. seien bereit zum Bau von Sanftarbeiterwohnungen, die ab 1. Juli 1937 begonnen und bis zum 1. November im nächsten fertig sein müssen. Als Einzelbetrag werden 1000 Mark gegeben. In ersten Worten wandte sich Hermann Göring sodann gegen die Landflucht, die er in Zukunft als schädlich für die gesamte Volkswirtschaft betrachtete und zu beheben zu wollen sei. Auf der anderen Seite aber verlange er, daß durch die Förderung des Wohnungsbaus mit allem Nachdruck der Landflucht entgegen gearbeitet werde.

Ein weiteres wertvolles Hilfsmittel zur Befreiung des Mangel an Arbeitskräften sei der verstärkte Einsatz von arbeitssparenden Maschinen. Auch hier würden größere Mittel bereit, damit die Maschine größeren Einsatz in der Landwirtschaft finden könne. Der Bauer brauche keine Sorge zu haben, daß er unter dem Mangel an Arbeitskräften linstig zu leiden haben werde. Deutschland brauche die Ernte, und er sei willens, die erforderlichen Kräfte zur Saat und Ernte einzusetzen. Der Ministerpräsident wies dann auf den Aufruf des Reichsbauernführers zum Leistungswettbewerb des deutschen Volkes hin, durch den die tüchtigsten Mitarbeiter im Kampf um die Erfüllung des zweiten Vierjahresplans in der Landwirtschaft ausgewählt und ausgezeichnet werden.

Eindringlich unterstrich der Beauftragte des Führers, daß es sich bei den von ihm verkündeten neuen Maßnahmen keinesfalls um Hilfsmassnahmen handle, sie hätten lediglich die Aufgabe, die Erträge unserer Landwirtschaft über ein Maß hinaus zu steigern, das zu erreichen, sie aus eigener Kraft nicht in der Lage sei. Nicht Privatinteresse, sondern das Volkinteresse sei entscheidend. Er bitte einen jeden einzelnen Bauern, sich das immer wieder in den nächsten Jahren vor Augen zu halten.

Der deutsche Bauer müsse sich mit nicht zu ändernder Tapferkeit für die Erzeugungsschlacht und für das große Werk des Führers einsetzen. Dann, das sei seine Ueberzeugung, könne auch der Segen nicht ausbleiben, und die Saat werde vielfache Frucht tragen.

Brauseader Beifall und stürmische Zustimmung dankten Hermann Göring immer wieder für seine bedeutungsvollen Darlegungen. Dem gab auch der Reichsbauernführer Darré Ausdruck, als er den Dank des deutschen Bauern für die ihm zuteil werdende Hilfe zum Ausdruck brachte. Er gelobte im Namen des Landvolkes, daß er mit aller Energie und nie erlöschendem Willen an die Arbeit gehen werde. Das Landvolk wisse, daß es im Freiheitskampf des Führers an entscheidender Stelle eingesetzt sei.

Das Volk auf Adolf Hitler sand lauten Beifall und wurde wieder zu einem Beifall in dem Sinne, der unermüdlich am Werk ist, Deutschland frei, groß und glücklich zu machen.

Befugnisse der Verkehrs-polizei erweitert

Nachdem praktische Erfahrungen über den Streifendienst der motorisierten Gendarmerie auf den Reichsautobahnen, den Fernverkehrsstraßen usw. vorliegen, hat der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei die Befugnisse der motorisierten Gendarmerie erweitert.

In einem Rundverlaß werden die Streifenführer und Offiziere der motorisierten Gendarmerie zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft bestellt. Dadurch erhalten die Angehörigen dieser neuen Polizeiformation die Vollmacht, bei Verkehrsunfällen mit kriminellen Einschlag die erforderlichen Maßnahmen, wie Festnahme der beschuldigten Personen, Durchsuchung und Beschlagnahme der Wagen usw., zu treffen.

Das Streikfieber in Frankreich

Paris, 24. 3. (Funkpr.) In Paris haben die Arbeiter der Metallindustrie für Mittwoch früh den Streik beschlossen. Sie hatten seit längerer Zeit Schritte unternommen, um ihre Anerkennung als ständige Arbeiter zu erlangen. Die Industrie hat ihnen aber mitgeteilt, daß dies nicht möglich sei, und ihnen empfahlen, mit den Metallfabrikgehilfen einen Rahmenvertragsvertrag abzuschließen, der ihnen Wünschen entgegen komme. Die Arbeiter haben darauf beschlossen, ab Mittwoch in den Ausstand zu treten. Die Arbeiter der Gaswerke von Rouen haben die Welt eines obersten Schlichters in ihrem Lokalkreis abgelehnt und im Laufe der Nacht den Ausstand so vermindert, daß die Stadt Rouen und zehn Landgemeinden praktisch ohne Gasversorgung sind.

In Lille sind 400 Arbeiter in den Ausstand getreten.